

## Rede der SPD-Ratsfraktion zum Haushaltsplanentwurf 2020

**Redner:** Dr. Thorsten Rudolph

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
sehr geehrte Frau Kulturdezernentin,  
sehr geehrter Herr Baudezernent,  
liebe Ratskolleginnen und Kollegen,  
sehr verehrte Bürgerinnen und Bürger,  
sehr geehrte Vertreter der Presse!

Eine Haushaltsrede hat strukturell einiges mit einem Roman gemeinsam: Sie ist in der Regel ziemlich lang und es gibt formal und inhaltlich nur wenige Vorgaben. Wenn es bei einer Haushaltsrede überhaupt Vorgaben gibt, dann eigentlich nur diese: Zum einen muss der Redner sagen, wie es allgemein um die Finanzen steht. Und zum anderen muss er aus je seiner Sicht die politischen Schwerpunkte für das kommende Jahr bzw. die kommenden Jahre benennen.

Da ich diese Rede hier heute zum ersten Mal halten darf, werde ich mich im Weiteren auch genau darauf beschränken und lediglich versuchen, diesen beiden Vorgaben Genüge zu tun. Wie also – erstens – steht es ganz allgemein um die Finanzen der Stadt Koblenz?

[Anrede]

Wir können feststellen, dass der städtische Haushalt in den Jahren 2016, 2017 und 2018 signifikante Überschüsse und entsprechend auch steigendes Eigenkapital ausgewiesen hat. Mehr noch: Die Summe aus Jahresüberschuss und Abschreibungen war in jedem dieser Jahre deutlich

höher als die getätigten Investitionen, so dass also nicht nur die konsumtiven Aufwendungen, sondern auch die Investitionen letztlich vollständig aus den laufenden Erträgen bestritten werden konnten und sogar noch darüber hinaus die Verschuldung gesenkt werden konnte.

Sie wissen alle, dass diese Ergebnisse – insbesondere die Überschüsse von mehr als 30 Mio. Euro 2016 und 2017 – so nicht geplant waren, sondern es sich immer erst hinterher herausgestellt hat, dass wir in diesen Jahren haushaltspolitisch geradezu paradiesische Zeiten hatten. Selbst in diesem Jahr 2019 ist die Summe aus Jahresüberschuss (knapp 9 Mio. Euro) und Abschreibungen (rund 26 Mio. Euro) übrigens fast so hoch wie die tatsächlich getätigten Investitionen von knapp 39 Mio. Euro.

Mit Blick auf die Zukunft stellt sich jetzt natürlich die Frage: Werden wir nun aus dem Paradies vertrieben? Die Rhein-Zeitung hat immerhin nach der Einbringungsrede des Oberbürgermeisters sehr prominent darauf verwiesen, dass die Gesamtverschuldung des Kernhaushalts der Stadt bis Ende 2023 um „gigantische 123 Mio. Euro“ auf dann 535 Mio. Euro anwachsen könnte.

Nun, diese Zahlen sind, wie Sie wissen, überholt. Seit der Einbringung des Haushalts Ende Oktober haben sich die Jahresergebnisse verbessert, und zwar kumuliert bis Ende 2023 um rund 60 Mio. Euro. Schauen wir auf den Ergebnishaushalt, dann soll das Jahr 2020 ähnlich gut werden wie 2019. Und die Jahre 2021 bis 2023 sehen mit Jahresergebnissen von plus/minus rund 2,5 Mio. Euro in etwa ausgeglichene Ergebnishaushalte vor.

Daraus folgt dann im Übrigen auch, dass keine zusätzlichen Liquiditätskredite benötigt werden und der noch im Oktober geplante Anstieg der Liquiditätskredite auf rund 140 Mio. Euro so nicht eintreten wird. Aktuell übrigens – Stand 09. Dezember, ich habe das noch einmal nachgefragt – hat die Stadt Liquiditätskredite von nur noch 60 Mio. Euro und gleichzeitig Guthaben bei Banken in Höhe von knapp 30 Mio. Euro.

[Anrede]

Wenn wir a) die guten Ergebnisse der letzten Jahre, b) die laut Plan ungefähr ausgeglichenen Ergebnisse bis 2023 und c) die sehr gute Liquiditätssituation der Stadt betrachten und selbst wenn wir dazu noch d) den vergleichsweise hohen Bestand an Investitionskrediten von aktuell etwa 314 Mio. Euro – Sie kennen alle die Projekte, die damit finanziert wurden – berücksichtigen, so können wir insgesamt doch feststellen, dass es ganz allgemein um die Finanzen der Stadt Koblenz so schlecht nicht bestellt ist. Im Vergleich mit den anderen rheinland-pfälzischen Großstädten muss man sogar sagen, dass die Situation ausgesprochen gut ist.

Diese gar nicht so schlechte, vielleicht sogar recht gute, jedenfalls sehr solide finanzielle Lage der Stadt hat im Wesentlichen zwei Ursachen: Zum einen eine verantwortungsvolle und nachhaltige Finanzpolitik, die in den vergangenen Wahlperioden von den Alt-OB's und von diesem Stadtrat – dabei keineswegs nur, aber entscheidend insbesondere auch von den beiden seinerzeit größten Fraktionen von CDU und SPD – umgesetzt worden ist. Deshalb an dieser Stelle auch ein herzlicher Dank dafür an alle Ratskolleginnen und -kollegen, die schon länger in diesem Gremium sind und daran mitgewirkt haben!

Und zum anderen haben die guten Ergebnisse, gerade auch im hier zu beschließenden Haushalt 2020, ihre Ursache – zugestanden alle positiven Effekte durch die gute Konjunktur – auch in einem massiven Mittelaufwuchs im kommunalen Finanzausgleich. Und das, [Anrede], ist ein großer Verdienst der Ampelregierung in Mainz und insbesondere ein Verdienst der sozialdemokratischen Finanzpolitik.

[Anrede]

Ich habe eben angemerkt, dass von dem noch Ende Oktober geplanten Anstieg der Gesamtverschuldung des Kernhaushalts der Stadt bis Ende 2023 um „gigantische 123 Mio. Euro“ aufgrund der in den letzten sechs Wochen eingetretenen Ergebnisverbesserungen nur etwas über 60 Mio. Euro übrigbleiben. Und diese etwas über 60 Mio. Euro haben ihren Grund in einem erheblichen Anstieg der Investitionen: 2020 sind unter Berücksichtigung der Änderungen (Anlage 6) Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 74 Mio. Euro geplant, 2021 und 2022 in Höhe von sogar rund 80 Mio. Euro und 2023 von etwa 65 Mio. Euro.

Das sind beeindruckende Zahlen! Nur zum Vergleich: Die Stadt hat – bei Abschreibungen von etwa 26 Mio. Euro pro Jahr – 2016 und 2017 jeweils nur rund 20 Mio. Euro investiert, 2018 und 2019 jeweils rund 40 Mio. Euro. Und jetzt also 74 Mio. Euro allein 2020! Diese hohen Zahlen bis 2023 haben natürlich Gründe. Ich nenne hier nur das Stichwort Pfaffendorfer Brücke. Dies ändert aber nichts daran, dass die in den nächsten Jahren geplanten Investitionen auch ansonsten eine gewaltige Herausforderung sind, insbesondere natürlich für das Baudezernat. Und das muss man an dieser Stelle auch ausdrücklich anerkennen!

Selbstverständlich müssen wir dabei als Stadtrat die Gesamtverschuldung eng im Blick behalten. Und das heißt in Anbetracht der Möglichkeiten, sich als Kommune derzeit auch langfristig für 20 oder 30 Jahre zu niedrigsten Zinsen zu finanzieren, im Ergebnis, dass wir mit Blick auf die Schuldentragfähigkeit der Stadt vor allem die Tilgungsleistungen im Auge behalten müssen.

Erlauben Sie mir deshalb an dieser Stelle noch einen Hinweis: Der geplante Schuldenanstieg des Kernhaushalts von etwas über 60 Mio. Euro bis 2023 bei den Investitionskrediten passiert natürlich nur dann, wenn wir tatsächlich 100 Prozent der geplanten Investitionen auch umsetzen. Wenn wir allerdings in den nächsten Jahren – wie in diesem Jahr – nur gut 60 Prozent der geplanten Investitionen auch tatsächlich umsetzen, dann bleibt von den „gigantischen 123 Mio. Euro“ Neuverschuldung möglicherweise gar nichts mehr übrig.

[Anrede]

Ich habe in der Rede zum Nachtragshaushalt 2019 kritisiert, dass man sich bisweilen des Eindrucks nicht erwehren kann, dass Projekte geplant und neu geplant und überplant werden und zwischendurch ein Förderantrag und dann und wann ein neuer Förderantrag gestellt wird, weil man irgendwann festgestellt hat, dass noch die Elternschaft oder die ADD oder der Stadtrat zu beteiligen sind oder man innerhalb der Verwaltung selbst noch einmal auf neue Ideen gekommen ist. Gerade vor diesem Hintergrund halten wir als SPD-Fraktion die Schaffung der Stelle eines Förderspezialisten für erforderlich, der nicht nur vorab die Voraussetzungen einer Förderung prüfen, sondern auch eine entsprechende Prozessbeschreibung erstellen kann, wer wann wie zu beteiligen ist und wer bis

wann was zu tun hat. Und weil uns als SPD-Fraktion die Umsetzung der geplanten Investitionen überaus wichtig ist, stehen wir weiterhin zu unserer Forderung, eine solche Stelle zu schaffen.

[Anrede]

Es ist gut und richtig, dass wir uns mit Blick auf die Investitionen so ambitionierte Ziele vornehmen. Und es geht dabei ja nicht nur um die Pfaffendorfer Brücke, für die im nächsten Jahr auch „nur“ rund 3 Mio. ausgezahlt werden sollen, sondern um eine Vielzahl von wichtigen Projekten. Wir als Sozialdemokraten begrüßen dies ausdrücklich. Wir wollen für diese Stadt - und nicht nur für diese Stadt - erhebliche zusätzliche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur! Dafür stehen wir als SPD, damit wir eine gute Zukunft und eine nachhaltige Entwicklung in Koblenz und für Koblenz sicherstellen können!

Wenn ich mir den Haushalt anschau, dann sehe ich dort erhebliche Investitionen in den Neubau und die Sanierung von Kitas, Investitionen in den Neubau und die Sanierung von Schulen, Investitionen in die soziale Stadt Lützel und die soziale Stadt Neuendorf, erhebliche Investitionen auch in Radwege und die Unterhaltung von Spielplätzen oder auch in die Breitbandversorgung in Stolzenfels.

[Anrede]

Wenn ich mir das so ansehe und dann auch noch konsumptive Maßnahmen wie die Ausweitung der Schulsozialarbeit oder Investitionen der Eigenbetriebe wie die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED berück-

sichtige, dann muss ich feststellen: Dieser Haushalt ist mit diesen Schwerpunkten in den Bereichen Bildung, Soziales und Umwelt ein durch und durch sozialdemokratischer Haushalt. Das freut uns! Und es wird Sie nicht wundern, dass wir als SPD-Fraktion diesem Haushalt deshalb auch gerne zustimmen.

[Anrede]

Ich komme nun zur zweiten der zu Anfang genannten Vorgaben für Haushaltsreden, nämlich dazu, die politischen Schwerpunkte für das kommende Jahr bzw. die kommenden Jahre zu benennen. Und ich will hier für die SPD-Fraktion nur ein einziges Thema in den Vordergrund stellen: den sozialen Wohnungsbau.

Was dieses Thema angeht, hat der Oberbürgermeister in seiner Einbringungsrede für den Haushalt 2020 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die durchschnittlichen Angebotsmieten in Koblenz zwischen 2010 und 2018 um fast 50 Prozent gestiegen sind. Im Oktober war in der Rhein-Zeitung die Überschrift zu lesen: „Erstsemester suchen händeringend Wohnraum“. Und am nächsten Tag lautete eine Überschrift: „Immobilien: Die Preise steigen immer weiter“. Da ging es dann um den Sparkassenbericht, der schwarz auf weiß belegt, dass allein im letzten Jahr (!) die Preise für ein Haus um rund 10 Prozent gestiegen sind, die Preise für Eigentumswohnungen um fast 6 Prozent.

Bei diesen Preissteigerungen kann es einen auch nicht beruhigen, dass die Mieten im letzten Jahr „nur“ um 2,6 Prozent gestiegen sind. Denn Mieterhöhungen laufen den Preissteigerungen in der Regel nach, so dass schon jetzt weitere Mietsteigerungen zu befürchten sind. Der Artikel

endet denn auch mit dem Satz: „Sorge bereiten Nester vor allem die hohen Kosten für Neubauten. Damit sich diese für einen Investor rechnen, muss dieser hohe Mietpreise aufrufen, mehr als 10 Euro pro Quadratmeter.“

[Anrede]

Lassen Sie mich das ganz klar sagen: Wenn die Mieten und Preise weiter so schnell steigen und wenn nicht bald ein signifikantes zusätzliches Angebot an Sozialwohnungen bereitgestellt werden kann, dann heißt das im Ergebnis nichts anderes, als dass ärmere Bürgerinnen und Bürger nach und nach aus Koblenz verdrängt werden, und zwar flächendeckend.

Wir als Sozialdemokraten werden alles dafür tun, dass es nicht zu so einer Entwicklung kommt. Die Koblenzer SPD und die SPD-Stadtratsfraktion werden dafür kämpfen, dass die Koblenzer und Koblenzerinnen in ihrem Viertel und in ihrer Nachbarschaft wohnen bleiben können. Nicht zuletzt deshalb brauchen wir mehr Sozialwohnungen in Koblenz, und das schnell!

[Anrede]

Im vergangenen Jahr gab es eine Kleine Anfrage der Grünen im Landtag (mit der Drucksache 17/7414, wenn es Sie näher interessiert). Danach hat Mainz in den drei Jahren von 2016 bis 2018 im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung 227 Wohneinheiten neu gebaut, Trier sogar 313 Wohneinheiten, Ludwigshafen immerhin noch 175 Wohneinheiten. Koblenz hat in diesen drei Jahren von 2016 bis 2018 im Rahmen der sozialen

Wohnraumförderung genau 6 Wohneinheiten neu gebaut. Sie haben richtig gehört: 6 Wohneinheiten.

Sie wissen, dass das Land 2017 die Mittel für die soziale Wohnraumförderung noch einmal drastisch erhöht hat. Andere Städte in Rheinland-Pfalz nutzen diese Mittel und bauen. Koblenz tut dies nicht. Und das, [Anrede], ist ein Problem!

Woran liegt das, dass Koblenz so wenig Sozialwohnungen baut? Dafür mag es Gründe geben, die wir alle kennen: Fehlende Grundstücke, fehlende Planungskapazitäten, vor allem fehlende Bauingenieure, fehlende Bau- und Ausführungskapazitäten, weil die Bauwirtschaft vollständig ausgelastet ist und so weiter und so fort. Nur, [Anrede] - alle diese Gründe treffen auch auf die anderen rheinland-pfälzischen Städte zu.

Woran also liegt es, dass Koblenz so wenig Sozialwohnungen baut? Ich weiß es nicht. Ich weiß nicht, ob man vielleicht im Baudezernat die Wohnungssituation anders einschätzt: Alles halb so wild, der Markt wird es schon richten. Ich weiß auch nicht, ob sich vielleicht die städtische Wohnbaugesellschaft ziert, weil ihr Sozialwohnungen trotz der üppigen Förderung und trotz Fördermietstufe 6 zu teuer sind, ihr die Rendite zu niedrig ist.

Lassen Sie mich dies deshalb klar sagen: Wir als SPD-Fraktion sehen hier den Baudezernenten in der Pflicht. Wir bitten Sie daher herzlich, Herr Baudezernent, eine Strategie zu entwickeln und dem Stadtrat vorzulegen, wie in den kommenden Jahren der soziale Wohnungsbau auch in unserer Stadt deutlich ausgeweitet werden kann.

Wir haben dazu als SPD Koblenz eine Vielzahl von konstruktiven Vorschlägen gemacht und können uns insoweit eine Reihe von Instrumenten vorstellen:

- eine Quote von mindestens 30% sozial geförderten Wohnungen bei allen Neubauprojekten,
- wenn nötig eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Koblenzer Wohnbau,
- ein „Bündnis für Wohnen“, wie es in anderen rheinland-pfälzischen Städten schon existiert,
- ein detailliertes Wohnraumbedarfs-konzept für Koblenz
- und nicht zuletzt selbstverständlich auch den Kauf von Belegrechten.

An dieser Stelle möchte ich anmerken, dass es uns auch sehr verwundert, dass die seit einigen Jahren bereitgestellten Mittel von einer Million Euro für den Ankauf von Grundstücken zur Schaffung von Wohnraum nachweislich nicht abgerufen wurden.

Wir sollten uns im Bereich des Wohnungsbaus ambitionierte Ziele setzen: Wir als SPD-Fraktion fordern deshalb, dass in Koblenz in den nächsten Jahren 1.000 Sozialwohnungen neu bereitgestellt werden.

Wohlgemerkt: Ich sage “bereitgestellt werden” und nicht “gebaut werden”, weil eben auch durch den Kauf von Belegrechten Sozialwohnungen geschaffen werden können.

[Anrede]

Man kann jetzt natürlich sagen, dass ich es mir in dieser Frage – wie auch bei der Umsetzung der Investitionen – zu einfach mache, indem ich den letzten in der Kette in die Pflicht nehmen. Nur muss man sich dann natürlich die Frage stellen, wer denn für die Kette verantwortlich ist, wer für die Steuerung der Prozesse verantwortlich ist? "Niemand" kann hier nicht die Antwort sein. Üblicherweise ist, wenn es keine formelle Zuständigkeit gibt, der verantwortlich, der letztlich für das Ergebnis verantwortlich ist. Hier also der, der dafür verantwortlich ist, dass am Ende des Tages die Kita, die Schule, die Sozialwohnung tatsächlich gebaut ist und genutzt werden kann. Dabei ist es am Ende egal, ob man diese Verantwortung nun will oder nicht, die politische Verantwortung dafür ist da.

[Anrede]

Ich bin überzeugt davon, dass wir als Ratsmitglieder die Aufgabe haben, mit klaren und deutlichen Worten unsere jeweiligen Positionen und Schwerpunkte zu benennen und um den richtigen Weg für unsere Stadt zu streiten. Ein solcher Streit schließt natürlich auch im Einzelfall sachlich begründete Kritik an Personen nicht aus. Aber bei allem Streit und bei aller Kritik ist es doch auch unbedingt notwendig, dass wir persönlich fair und wertschätzend miteinander umgehen. Deshalb meine Bitte: Lassen Sie uns in genau diesem Sinne streiten! Das ist Politik! Wir Demokraten müssen mit klaren und deutlichen Worten um den richtigen Weg streiten, schon damit die Antidemokraten nicht so viel unverdiente Aufmerksamkeit bekommen.

Herzlichen Dank!